

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuß -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Über E-Mail vorzimmer.pet1@bundestag.de

Eichwalde, den 22. November 2018

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom 5. November 2018 und 12. Juni 2018

Ihr Zeichen: Pet 1-19-12-9601-000230a

Mein Schreiben vom 7. Oktober 2018 u.v.a.m.

Petition "Verkehrsflugplätze und Landeplätze" zum
"Politikerbrief" Stand 1. Mai 2017,
"Europäisches Recht ist umzusetzen";

Erinnerung an die avisierte Entscheidung des
Deutschen Bundestages gem. Schreiben vom 5. November 2018
mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 12. Juni 2018

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

da die Petitions-Tiefenprüfung bereits gem. Ihrem Juni-
Schreiben abgeschlossen war, hat mich Ihr Schreiben vom
5. November 2018 sehr verwundert, da Sie mir mitteilten,
meine "weitere Zuschrift" werde "bei der Prüfung Ihrer
Angelegenheit berücksichtigt", denn ich habe doch ledig-
lich eine Antwort angenommen, weil die Prüfung längst abge-
schlossen sei!

Wenn in dieser Weise weiterhin Petitionen bearbeitet werden,
wundert mich das ständige Absinken der Zustimmung der Bürger
für die bisherigen etablierten Volksparteien in keiner Wei-
se mehr!

Nachdem das neue Gesetz zur Genehmigung von Musterfeststel-
lungsklagen der Verbraucherzentralen usw., unterstützt im
Deutschen Bundestag durch Bundesjustizministerin Katarina

- 1959-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehre
in zwei Wirtschaftssystemen
- 1962 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schweißmaschinenbau und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Erfinder
mit Untersuchungen zur Systemstabilität
von Regelprozessen aller Art mit Hilfe von
numerischen, Simulations- und algebraischen
Programmen
- 1972, 1974 Fachpublizist und Buchlektürer
der Humboldt-Universität zu Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer
- 1990-96 Sachverständiger und Bearbeiter juristischer
Grundfragen im DEUTSCHEN RECHTSSYSTEM (DRS)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des
Landesparlamentes Cottbus
- 1953-70 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsgeleitete
Standardisierung/Normung
- 1994 Buchlektürer
- ab 1990 Veröffentlichung "Zum Thema Professionsmoralen"
mit der Berechnung möglicher Fertigungsbedingter
Maßbedingungen für Typen, Sorten und Größen
für Duplexlast-Faserstoffteile, HANSE (D) GUTENBERG
- 1996 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen den Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus im
Auswärtigen Plastikverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sozialistischen
Gestaltung- und Bezugssystems aufgrund
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Bezugssystems
1969-70 Lehrer privater interdisziplinärer Forschungsgruppen
zur Studie zur Schmelze von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Normen,
Kosten-Kosten-Analyse)
mit den Co-Autoren
Dr. Wilfried Scheuf, Zentrallaboratorien für
Plastverarbeitung Leipzig und
Hipl.-Phys. Dieter von Strauß, TU Dresden
- 1966-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu statistischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Ermittlung
von Fertigungskostenminimierung durch größere
Bestellmengen (unverzichtlich, aber erprobt)
- ab 1970 Ermittlung der Parameter des Elektrolyseprozesses
von Duplexlast-Faserstoffen aus Alumin-Büchlingen-
Verfestigungen, Eröffnungszeitung der Sozialen
Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen
Fachtagungen HANSE (D) der Ferner der Technik, Dresden
- ab 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Handlungsplanes
der Sozialisten im Rahmen des Promotionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen den Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sozialistischen
Zuverlässigkeitsnormen in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)
- 1991 Dissertationsskizzenfassung in FACHBEREICH
29(1991) I.A. S. 182
- Jan. 1992 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Plastikwirtschaft zur sozialen Plastikwirtschaft
mit Monopolischen Schmelz über BESS FORM in
Zentralen Bundes Tisch und Regelung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Ichin-Gesetz
(Spekulations-Dämpfung) und eines neuen
Beton-Bole-Abkommens (festes Wechselkurs)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Beilegung von Gleichstellungsproblemen
noch vor der ESO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Intraoralproduktes
(IP) als volkswirtschaftliche Konzepte für den
Beitrag zur EPO-Zone in die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Beilegung der Welt-Einkaufs- und -Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Bausprachens
Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen
und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDE ET FÜR
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER
- In enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-2.de>
sowie www.eichwalde.cnr.net und www.bvib-av.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENBEAHLIE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Barlay, zunächst Hoffnung bereitete, daß unsere Intervention etwas Positives bewirkt haben könnte, und wir dies zunächst in einer Presse-Mitteilung vom 2.November 2018 zum MAW-Problem und danach in einer Presse-Mitteilung vom 6.November 2018 zur Minimierung von Gesundheitsrisiken zum BER-Projekt i.Vodg. mit dem aktuellen "Masterplan" gewürdigt hatten und in der Presse-Mitteilung vom 2.November 2018 sogar der Bundesministerin Dank ausgesprochen wurde, war letzterer anlaßbezogen nach aktuellen Erkenntnissen wohl verfrüht. Das Gesetz gilt für Klagen der Verbraucher gegen "Unternehmer" und ist somit begrifflich nicht sehr eindeutig abgefaßt.

So soll es z.B. gem. erhaltenen Informationen für Klagen gegen kommunale Betriebe wie den MAW gar nicht gelten, und ob es für Gesundheitsprobleme beim BER gilt, ist erst noch zu prüfen, auch wenn der VW-Konzern verklagt werden kann - hier ist das Land Niedersachsen nur ein Minderheits-Aktionär, während die FBB GmbH einen vollstaatlichen Betrieb verkörpert.

Denn auch wenn in der MAZ vom 17./18.November 2018 auf der Titelseite noch informiert wird, daß es keine 2. "Lex BER" geben werde, weil Brandenburgs Infrastrukturministerin Schneider zitiert wird mit "Ministerin: Flughafenchef muß Mängel abarbeiten. Schneider (SPD) erteilt Forderungen nach laxeren Prüfkriterien Absage", so hat sie wohl doch ihre Position aus Sorge vor einer neuen Eröffnungstermin-Verschiebung bereits inhaltlich korrigiert, wenn sie gleichzeitig eine Fehlercharakterisierung in "sicherheitsrelevant" oder nicht fordert! Nun wolle "man gemeinsam mit dem TÜV die Mängel sortieren" sagt Schneider, und "Wir werden zur Eröffnung nicht ein völlig mängelfreies Werk haben. Aber sicherheitsrelevante Mängel darf es nicht geben."

Flughafenchef Prof. Engelbert Lütke Daldrup will das Prüfkriterium "ordnungsgemäße Beschaffenheit" nämlich gestrichen haben und plädiert darüber hinaus sogar für Bauvorschriften gemäß dem geringsten Anforderungsniveau der Vorschriften aller Bundesländer - eine sinnlose Mammutaufgabe ! Dies bedeutet nämlich nichts anderes als

- Abkopplung von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen,
- Erhöhung der Havariegefahren in Extremzuständen, in welchen auch die "ordnungsgemäße Beschaffenheit" der Anlage situationsrelevant wird,
- und Mißachtung des Schutzbedürfnisses der Bürger gem. Art.2 Abs.2 GG.

Der Widerstand der Fachwelt dagegen hat schon begonnen. Da der TÜV die "ordnungsgemäße Beschaffenheit" der Anlage nicht mehr prüfen soll, befürchtet aus den vorgehen. Gründen das Bauordnungsamt LDS die Verlagerung der Gesamtverantwortung weg vom TÜV hin zum Landkreis LDS.

Daß die Politiker den Flughafen dabei noch unterstützen, zeigt die wohl bevorstehende Verabschiedung einer 2. "Lex BER" nach der ersten, dem Abgehen vom "Bauantragsdatum" zur "Existenz eines Planfeststellungsbeschlusses" für die Gültigkeit der Baupläne des BER in Richtung "Vorschriften-Verringerung" !

Es scheint so, als sei die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten auf den Flughafenchef verlagert worden - ein Bruch der Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie !

Gemäß dem bisherigen Verlauf erscheint es zumindest so, als ob die Bemühungen von MAWV, FBB GmbH, Landkreis LDS, Landesregierung Brandenburg und Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gemeinsam in Richtung "Verschleppung relevanter Entscheidungen bis nach Jahresende" gehen, damit Privat- und Staatshaftungs-Anträge wegen Verjährung zumindest zum BVerf-Urteil von 2015 gegen den MAWV flughafengesellschaftskostenmäßig nicht mehr wirksam werden können, obwohl dieser entgegen EU-WRRL 2000/60/EG gegenüber Haushalten widerrechtlich begünstigt wurde.

Dem muß von Bürgern, Gemeinden und Verbänden wirksam begegnet werden, evtl. auch staatsanwaltschaftlich.

Die finanzielle Begünstigung der FBB GmbH durch den MAWV ist deshalb so projektrelevant, weil, von Einwänden von Bürgerinitiativen ausgehend, bereits seitens der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission die Deckelung des letzten BER-Beihilfeantrages von 2,6 Mrd.€ auf 2.2 Mrd. € erfolgte und dazu die Genehmigung erst um mehr als ein Jahr später, als von der Bundesregierung erwartet, erfolgte - Grund für die neue Billig-Bauweise zum FBB-Masterplan im Leasing-Verfahren !

Deshalb wird hiermit nochmals ein kurzfristiger Abschlußbescheid zur Petition in positiver Weise angemahnt, denn die Gestaltung von BER und Masterplan sind rechtswidrig, so daß der BER nicht EU-zertifizierungsfähig für den Flugbetrieb ist.

Zudem wird fälschlich bei vielen Betroffenen im Umfeld des Flughafens Tegel (TXL) der Eindruck erzeugt, Bürger im Umfeld des BER hätten "weltbesten Schallschutz" erhalten - dabei erhielten im Umfeld von Tegel TXL im Westteil Berlins bereits mehr Bürger effektiven Schallschutz als um den BER, wo Entschädigung statt Schallschutz den Normalfall verkörpert ! Eine grundsätzliche Verbesserung dieses Zustandes wird nicht erwartet - trotz erwartbarer extremer Lärmkonzentration um Schönefeld, wenn die Pläne der FBB GmbH Wirklichkeit werden sollen !

Das ist menschenverachtend ! Sind wir nur Bürger 2. Klasse ?

Aber natürlich muß auch für das Umfeld von Tegel TXL bis zur Realisierung eines neuen BER an geeigneterem Standort ausreichender Schallschutz eingeplant und verwirklicht werden, da Tegel TXL zunächst unverzichtbar ist.

In diesem Zusammenhang sei ferner daran erinnert, daß die rechtsgültigen Volksentscheide zur Offenhaltung von Tegel TXL und zum Nachtflugverbot in Schönefeld umzusetzen sind. Es sind rechtsgültige Entscheide des Souveräns, der mit den Entscheidungen der Legislative nicht einverstanden ist !

Somit ist abschließend klargestellt, welche rechtsgültige Entscheidung des Petitionsausschusses unsererseits nunmehr erwartet wird.

Mit freundlichen Grüßen



- Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -